

12/2026 23. JULI

- 3 **Finanzpolitik** Verteidigung stärker über Steuern finanzieren
- 4 **Arbeit der Zukunft** Begehrte Fachkräfte
- 6 **Arbeitswelt** Viele halten nicht durch
- 7 **Inflation** Der Tankrabbat wirkt
- Wachstum** Konjunktur auf der Kippe

HOMEOFFICE

Fehlende Spielräume belasten

Das Homeoffice hat sich zwar etabliert, Wunsch und Wirklichkeit klaffen aus Sicht der Beschäftigten aber teilweise auseinander. Das geht auch mit gesundheitlichen Problemen einher.

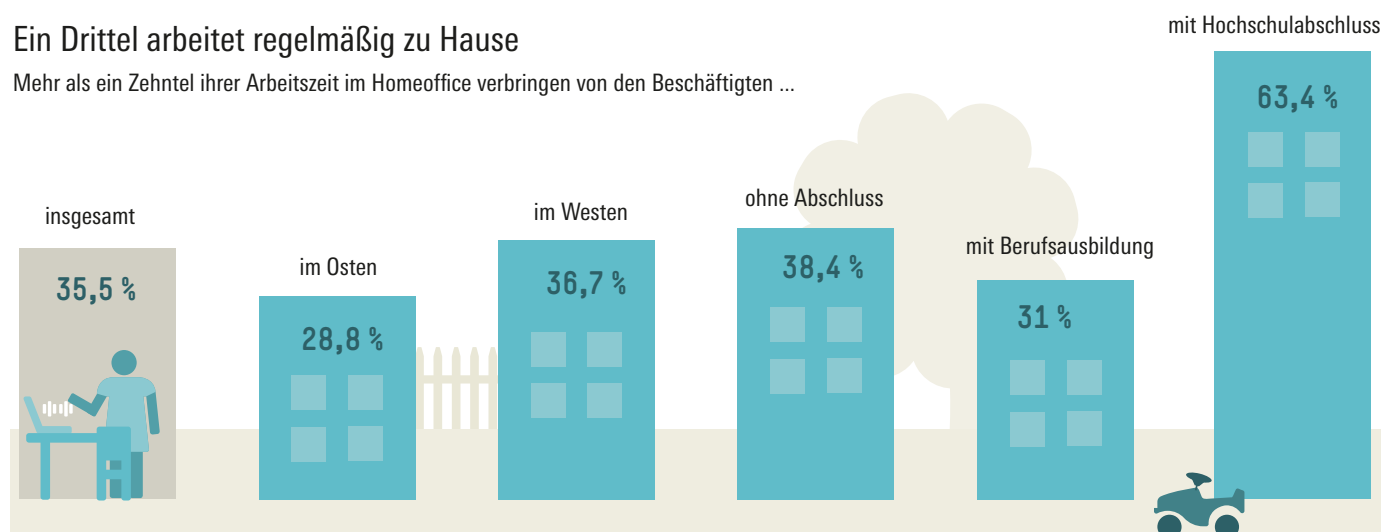
Die Coronakrise hat der Arbeit in den eigenen vier Wänden zu einem nachhaltigen Durchbruch verholfen: Mittlerweile sei offensichtlich, dass sich die Entwicklung nicht rückgängig machen lässt, erklärt Helge Emmeler. Der WSI-Forscher hat die aktuelle Situation in Sachen mobile Arbeit untersucht und dafür Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels ausgewertet. Seinen Ergebnissen zufolge hat sich an der Verbreitung zuletzt wenig geändert, wobei es deutliche Unterschiede vor allem zwischen Beschäftigten mit und ohne Hochschulabschluss gibt. Hybride Modelle, bei denen sich Homeoffice und Arbeit im Betrieb abwechseln, entsprechen am besten den Bedürfnissen der Beschäftigten, die zu rund zwei Dritteln mit den bestehenden Regelungen zufrieden sind oder allenfalls ein wenig öfter zu Hause arbeiten möchten. Diejenigen, deren Bedürfnisse klar von der betrieblichen Realität abweichen, sind deutlich öfter von starker beruflicher Belastung und gesundheitlichen Problemen betroffen.

Für das WSI-Erwerbspersonenpanel wurden in 15 Erhebungsrunden seit dem Frühjahr 2020 zunächst knapp 7700, zuletzt rund 6200 Personen befragt. Emmelers Auswertung zufolge hat der erste Corona-Lockdown im März 2020 eine „schlagartige und in dieser Größenordnung auch seither nicht wieder beobachtete Ausbreitung von mobiler Arbeit“ verursacht. Der Anteil derjenigen, die ausschließlich im Betrieb arbeiten, war von 83 Prozent im Januar 2020 auf 53 Prozent im April 2020 eingebrochen. Seit etwa Mitte 2021 sind, von geringen Schwankungen abgesehen, etwa zwei von drei Erwerbstätigen nur im Betrieb tätig, jede und jeder Vierte an wechselnden Orten. Es sei anzunehmen, dass hinter diesem Trend für rund ein Viertel der Beschäftigten eine neue Normalität von etwa zwei bis drei Tagen Homeoffice steckt, heißt es in der Studie.

Um den aktuellen Stand zu erfassen, hat der WSI-Experte Ergebnisse der Befragungswellen im November 2024 und 2025 analysiert, in denen die Teilnehmenden > > >

Ein Drittel arbeitet regelmäßig zu Hause

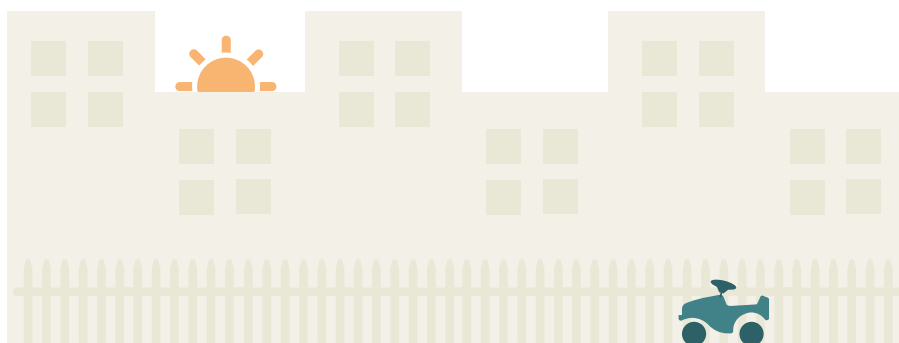
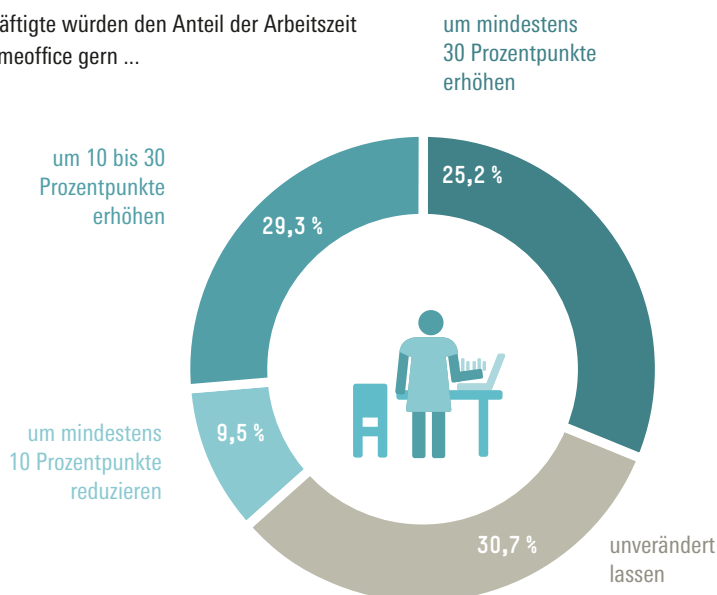
Mehr als ein Zehntel ihrer Arbeitszeit im Homeoffice verbringen von den Beschäftigten ...



Quelle: Emmeler 2026

Luft nach oben

Beschäftigte würden den Anteil der Arbeitszeit im Homeoffice gern ...



Quelle: Emmler 2026

Hans Böckler
Stiftung

ausführliche Angaben zu mobiler Arbeit gemacht haben. Dabei hat er sich auf abhängig Beschäftigte konzentriert. Von denen haben zuletzt 64,5 Prozent ihre Arbeitszeit ausschließlich im Betrieb oder maximal zu einem Zehntel zu Hause verbracht. Bei Akademikerinnen und Akademikern ist die Quote mit 36,6 Prozent deutlich geringer als bei Beschäftigten mit Berufsausbildung mit 69 Prozent – wobei sich der Abstand im Vergleich zu 2024 ein wenig verringert hat. In Ostdeutschland ist der Anteil mit 71,2 Prozent höher als im Westen mit 63,3 Prozent. Auch diese Differenz ist rückgängig. Die Branchen Energieversorgung, Medien, Finanzen und öffentliche Verwaltung stechen durch einen hohen Anteil hervor. In den Bereichen Bau, Erziehung, Gastgewerbe, Gesundheit, Handel, Verkehr und Logistik ist Homeoffice dagegen weniger verbreitet.

Ein Großteil dieser Unterschiede hängt laut der Analyse mit der Natur der jeweiligen Tätigkeiten zusammen: Dass sie ihre Aufgaben uneingeschränkt oder zu einem Großteil zu Hause erfüllen könnten, sagen 38 Prozent der Beschäftigten. Von den geeigneten Tätigkeiten werden 65 Prozent zumindest zu einem Viertel im Homeoffice erledigt, 46 Prozent sogar überwiegend. Bei den Beschäftigten mit akademischen Abschlüssen und geeigneten Jobs ist die Quote derjenigen, die mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit zu Hause ableisten, gegenüber 2024 von 57 auf 52

Prozent zurückgegangen. Das deutet darauf hin, dass sich in dieser Gruppe zunehmend zwei statt drei Tage Homeoffice durchsetzen, schreibt Emmler.

Unzufriedenheit ist ungesund

Der Auswertung zufolge entsprechen die betrieblichen Regelungen nicht immer den Wünschen der Beschäftigten: Diejenigen, deren Aufgaben sich dafür eignen, würden im Schnitt gern gut die Hälfte ihrer Arbeitszeit zu Hause verbringen, tatsächlich ist es nur etwas mehr als ein Drittel. Insgesamt möchte ein Viertel den Anteil der Zeit im Homeoffice um 30 Prozentpunkte oder mehr erhöhen, ein Zehntel möchte weniger dort arbeiten. Rund zwei Drittel sind zufrieden oder wünschen sich allenfalls geringfügige Änderungen. Besonders groß ist der Anteil der Unzufriedenen, deren Wünsche stark von der tatsächlichen Situation abweichen, mit 29,4 Prozent bei Beschäftigten, die von Return-to-Office-Initiativen betroffen sind. Bei Beschäftigten mit Kindern ist die Quote mit 28,3 Prozent ebenfalls sehr hoch.

Diese Unzufriedenheit gehe mit gravierenden Belastungen einher, erklärt der Forscher. Von den Beschäftigten, deren Homeoffice-Präferenzen um 20 Stunden oder mehr von

der tatsächlichen Regelung abweichen, klagen 18 Prozent über eine hohe Arbeitsbelastung und 28 Prozent über einen schlechten Gesundheitszustand. Bei denjenigen, die keinen Änderungsbedarf in Sachen Homeoffice haben, sind es nur 6 beziehungsweise 14 Prozent. Auch bei der Zufriedenheit mit dem Familienleben, der Freizeitgestaltung oder sozialen Kontakten schneiden Beschäftigte schlechter ab, die gern deutlich länger zu Hause arbeiten würden.

Dass die Homeoffice-Quoten sich nach Ende der Corona-Pandemie stabilisiert haben, sei grundsätzlich eine gute Nachricht, so Emmlers Fazit. „Denn mobile Arbeit hat sich nicht nur als probate Maßnahme des Infektionsschutzes, sondern als arbeitnehmerfreundliche Unterstützung der Work-Life-Balance und arbeitgeberseitiges Instrument zur Fachkräftesuche erwiesen.“ Er empfiehlt Unternehmen, den Wünschen der Beschäftigten entgegenzukommen, solange keine zwingenden betrieblichen Gründe dagegensprechen. Schließlich würde oft schon ein zusätzlicher Tag Homeoffice-Tag reichen, um diese Wünsche zu erfüllen. <

Quelle: Helge Emmler: Arbeiten im Homeoffice –
Wer es kann, wer es möchte und wer es darf,
WSI-Report Nr. 115, Juli 2026

Verteidigung stärker über Steuern finanzieren

Die Zinsausgaben des Bundes werden in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Das liegt am höheren Zinsniveau und den Verteidigungsausgaben.

Wenn es bei permanent hohen Ausgaben für die Bundeswehr bleibt, sollten diese nicht dauerhaft durch Kreditaufnahme finanziert werden. Andernfalls könnten die Zinszahlungen im Jahr 2050 ein Viertel der Steuereinnahmen verschlingen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Analyse des IMK-Forschers Klaus Seipp. Der Finanzexperte hat untersucht, wie sich die Zins-Steuer-Quote, also das Verhältnis zwischen den Zinsausgaben und den Steuereinnahmen, in der Vergangenheit entwickelt hat und welche Werte die Quote voraussichtlich in Zukunft annehmen wird.

2021 gab der Bund gerade einmal 1,5 Prozent seiner Steuereinnahmen für Zinszahlungen aus, 2025 waren es 7,7 Prozent. Die Differenz geht keineswegs auf einen Anstieg der Staatsschulden zurück. Der Bruttoschuldenstand Deutschlands lag 2021 mit 67,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sogar höher als 2025 mit 63,5 Prozent. Entscheidend war vielmehr der massive Anstieg der Renditen von Staatsanleihen. Bis zur Zinswende im Jahr 2022 konnte sich der Bund zeitweise sogar für negative Zinsen neue Mittel am Kapitalmarkt leihen. Doch diese Phase ist vorbei, heute liegen die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen bei rund drei Prozent.

Allerdings dürfte der absehbare Schuldenanstieg ein wichtiger Faktor für die steigende Zinslast werden, so Seipp. Durch die Bereichsausnahme Verteidigung, die eine Kreditaufnahme über die zuvor geltenden Grenzen der Schuldenbremse hinaus ermöglicht, und – in geringem Maße – das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird die Verschuldung voraussichtlich deutlich wachsen. Die Schuldenquote der Bundesrepublik insgesamt könnte bis 2040 auf über 90 Prozent des BIP steigen.

Von 2019 bis 2030 steigt die Zins-Steuer-Quote nach Angaben des Bundesfinanzministeriums um 13,2 Prozentpunkte. Von den Faktoren, die zu einem Anstieg der Quote führen, entfallen rund 40 Prozent der Analyse zufolge auf veränderte Marktbedingungen: die Erhöhung des sogenannten impliziten Zinssatzes, die widerspiegelt, wie viel mehr der Staat zur Refinanzierung alter Kredite oder zur Aufnahme neuer Kredite ausgeben muss. Für einen weiteren Teil des Anstiegs ist die Ausweitung des Kreditvolumens für Infrastruktur und Verteidigung verantwortlich, wobei die Verteidigungsausgaben den Löwenanteil ausmachen. Der nächste große Posten ist die gewöhnliche Neuverschuldung. Auch die erwartbar schwache Entwicklung der Steuereinnahmen schlägt zu Buche.

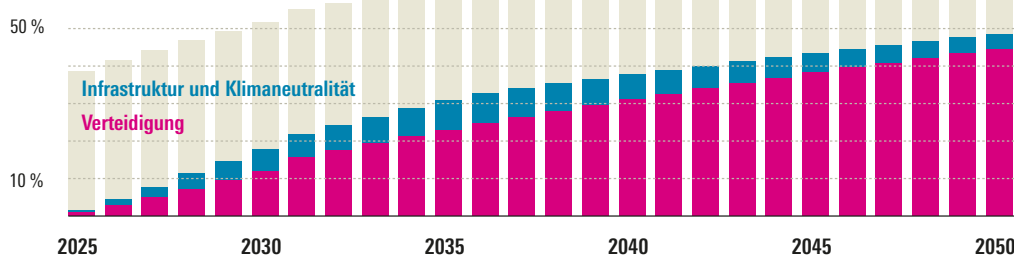
Der IMK-Forscher kommt auf Zinskosten des Bundes von 42,5 Milliarden Euro im Jahr 2027. Bis 2030 wird dieser Wert seiner Simulation zufolge auf 66,5 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen. Damit liegen die vom IMK berechneten Zinskosten für die kommenden vier Jahre aber immer noch um insgesamt 28 Milliarden Euro unter dem Wert, mit dem das Finanzministerium plant. Man arbeite hier mit einem übertrieben großen Sicherheitspuffer, urteilt Seipp. Es sei „sehr wahrscheinlich, dass die Haushaltsentwicklung tatsächlich günstiger ausfällt, als der Finanzminister offiziell annimmt“.

Kreditfinanzierte Verteidigung auf Dauer nicht nachhaltig

In einem längerfristig angelegten Szenario betrachtet der Forscher die Schuldenentwicklung bis 2050. Die Schuldenquote des Bundes steigt in dieser Projektion von 51,9 Prozent 2030 auf 70,8 Prozent im Jahr 2050. Am Ende würden drei Viertel der seit 2020 neu aufgenommenen Schulden und über 60 Prozent aller Schulden des Bundes „allein aus der Verteidigung resultieren“. Bei Zinsen von durchschnitt-

Teure Verteidigung

So entwickelt sich die Schuldenquote des Bundes infolge der Ausgaben für ...



Quelle: IMK 2026

Hans Bäckler
Stiftung

lich drei Prozent klinge dies zunächst nach einer Belastung, die gesamtwirtschaftlich noch zu schultern ist, so Seipp. Aber: „Da der Bund nur über eine im internationalen Vergleich niedrige Steuerquote von 8,3 Prozent des BIP verfügt, würden so etwa ein Viertel seiner Steuereinnahmen allein für Zinsen aufgewendet.“

Daher erscheine die finanzielle Situation des Bundes in diesem Szenario als nicht tragfähig. „Eine dauerhafte Finanzierung der höheren Verteidigungsausgaben über Kreditaufnahme ist nicht mit einer nachhaltigen Staatsfinanzierung vereinbar“, so Seipp. Wenn Bundesregierung und Bundestag das hohe Niveau der Verteidigungsausgaben dauerhaft aufrechterhalten wollen, müssen sie „einen größeren Teil der Verteidigungsausgaben über Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen an anderer Stelle finanzieren“. <

Quelle: Klaus Seipp: Höheres Zinsniveau und Zinsen für Verteidigungsschulden engen Spielräume des Bundes ein, IMK Policy Brief Nr. 219, Juli 2026 [Link zur Studie](#)

Begehrte Fachkräfte

Trotz des Stellenabbaus in der Industrie: Fachkräftemangel bleibt ein Thema. Gefragt ist eine aktive Gestaltung des Wandels am Arbeitsmarkt. Gewerkschaften können dabei eine zentrale Rolle spielen.

In 14 von 37 Berufsgruppen könnte es im Jahr 2040 über 90 Tage dauern, bis eine Stelle neu besetzt ist. Gut jeder dritte Arbeitsplatz wäre damit von „einer erschwerten Fachkräftesituation bedroht“, schreiben Anke Mönnig, Marc Ingo Wolter, Christian Schneemann und Michael Kalinowski in der jüngsten Ausgabe der WSI-Mitteilungen. Die Forschenden von der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und dem Bundesinstitut für Berufsbildung haben die aus heutiger Sicht zu erwartenden Entwicklungen am Arbeitsmarkt prognostiziert. Demnach wird es vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen und in der Bauwirtschaft zu ausgeprägten Fachkräfteengpässen kommen.

Wie kann es sein, dass bald so viele Arbeitskräfte fehlen sollen? Zumal aktuell doch vor allem von Stellenabbau die Rede ist. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben bei ihren Berechnungen eine Vielzahl von Faktoren berücksichtigt. An erster Stelle steht die demografische Entwicklung: Durch die Verrentung der Babyboomer dürfte es

selbst in schrumpfenden Branchen zu Engpässen kommen. Wenn Erwerbsbeteiligung und Zuwanderung nicht deutlich stärker steigen, als aktuell zu erwarten ist, werden der Analyse zufolge 2040 rund 900 000 Erwerbstätige weniger aktiv sein als 2023.

Das ist die Folge unterschiedlicher technischer und gesellschaftlicher Entwicklungen, die nicht alle in dieselbe Richtung wirken: Der Klimawandel führt zu Wertschöpfungsverlusten, etwa in der Land- und Forstwirtschaft. Gleichzeitig erfordert er hohe Investitionen und damit neue Beschäftigung, sei es beim Hochwasserschutz, der Klimatisierung von Gebäuden oder im Gesundheitssystem. Die Energiewende bedarf ebenfalls massiver Investitionen, während höhere Energiepreise Teile der Wirtschaft ausbremsen könnten. Die Mobilitätswende dürfte Arbeitsplätze in der Automobilindustrie kosten, da elektrische Fahrzeuge mit weniger Personal hergestellt werden können. Globale Konflikte beeinträchtigen den weltweiten Warenhandel und belasten damit den Export. Gleichzeitig können



Das Erwerbsvolumen erhöhen – aber wie?

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Erwerbspersonen sinken, aber das heißt nicht, dass wirklich weniger gearbeitet wird. Denn erstens kann mehr gezielte Zuwanderung von Fachkräften für einen gewissen Ausgleich sorgen und zweitens könnten einige Gruppen von Beschäftigten die Zahl ihrer Wochenstunden erhöhen. Das gilt insbesondere für Frauen in Westdeutschland, die sehr häufig in Teilzeit arbeiten – nicht nur in der Familienphase, sondern oft darüber hinaus bis zum Renteneintritt. Unabhängig vom Geschlecht wäre zudem bei vielen älteren Beschäftigten Luft für ein paar Stunden mehr pro Woche. Die Erwerbsbeteiligung der Über-55-Jährigen ist in den vergangenen Jahren zwar deutlich gestiegen, aber auch diese Gruppe arbeitet teilweise weniger Stunden als in Vollzeit. Darauf machen C. Katharina Spieß und Harun Sulak vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung aufmerksam. Sie haben auf Basis von Mikrozensus und der Bevölkerungsvorausberechnung der Statistikäm-

ter verschiedene Szenarien durchgerechnet. Die Stellschrauben: drei Zuwanderungsvarianten – rund 200 000, 330 000 oder 460 000 Menschen im Saldo pro Jahr – und Variationen der Wochenarbeitszeit bei bestimmten Gruppen. Zum Beispiel könnten westdeutsche Frauen so viel arbeiten wie ostdeutsche und Ältere zwei, drei oder vier Stunden mehr pro Woche.

Es zeigt sich: Während eine Fortschreibung des Status quo vor allem bis 2030 zu einem deutlich reduzierten gesamtwirtschaftlichen Erwerbsvolumen führen würde, könnte es „unter bestimmten Annahmen sogar zu einer Überkompensation des demografisch bedingten Rückgangs des Erwerbsvolumens kommen“.

Aber welches Szenario wäre realistisch, welche Maßnahmen wären zur Erhöhung des Erwerbsvolumens nötig? Nach der Analyse von Spieß und Sulak ist der entscheidende Ansatzpunkt die Arbeitszeit westdeutscher Frauen. Und eine „Ausdehnung ihres Erwerbsvolumens hängt insbesondere mit einer gelungenen Verein-

barkeit von Familien- und Erwerbsarbeit zusammen“. Zum einen stehen teilweise gesellschaftliche Normen einer Ausweitung der Erwerbsarbeit von Müttern im Weg – das Zuverdienermodell gilt für Mütter mit jungen Kindern als ideal. Zum anderen arbeiten Mütter mangels hinreichender Betreuungsangebote sehr oft weniger, als sie gern würden. „Die Differenz zwischen der tatsächlichen und der von der Bevölkerung als ideal angesehenen Arbeitszeit ergibt hochgerechnet 645 000 Vollzeitäquivalente“, so Spieß und Sulak. Dafür, dass auch Frauen, deren Kinder nicht mehr betreuungsbedürftig sind, oft nur relativ wenig arbeiten, machen die Forschenden unter anderem finanzielle Fehlanreize durch Ehegattensplitting und Minijobs mitverantwortlich. In manchen Fällen sind es auch Pflegeaufgaben, die Frauen davon abhalten, die Wochenarbeitszeit zu erhöhen. Auch hier könnte der Ausbau öffentlicher Angebote für Entlastung sorgen. <

Quelle: C. Katharina Spieß, Harun Sulak: Verborgene Erwerbspotenziale, WSI-Mitteilungen 3/2026, Juni 2026 [Link zur Studie](#)



Knappe Arbeitskräfte – höhere Löhne?

Wenn Arbeitskräfte, vor allem Fachkräfte, knapp sind, müssen Arbeitgeber einiges bieten, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in einer starken Verhandlungsposition. Das könnte man zumindest denken. Einigen Medienberichten zufolge brechen für Beschäftigte in Sachen Lohn und Arbeitsbedingungen goldene Zeiten an. Aber ist die Sache wirklich so einfach? Malte Lübker vom WSI hat sich mit dem Zusammenhang zwischen Arbeitskräfteknappheit und Lohnentwicklung auseinandergesetzt.

Die mittleren Beschäftigtenentgelte verschiedener Berufsgruppen und die Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit bilden die Datenbasis. Lübkers Ergebnis, das im Einklang mit ähnlichen Studien steht: Der vermutete Zusammenhang ist außerordentlich

schwach. In Handwerksberufen und Berufsfeldern, in denen durch die ökologische Transformation Arbeitskräftemangel herrscht, ist von knappheitsbedingten Lohnsteigerungen wenig zu spüren. Lediglich in Gesundheits- und Pflegeberufen gehen Fachkräftemangel und überdurchschnittliche Lohnentwicklung Hand in Hand.

Allerdings ist die Sache hier komplizierter, als das simple Marktmodell unterstellt: „Erst durch eine gesellschaftliche Neubewertung, umfangreiche staatliche Eingriffe und gewerkschaftliche Organisation sind die Entgelte in den Gesundheits- und Pflegeberufen gestiegen“, so der WSI-Forscher. Insgesamt sei festzuhalten, „dass Fachkräfteengpässe nicht zwangsläufig zu Lohnzuwächsen führen“. Schließlich sei die Funktionsweise von Arbeitsmärkten komplexer,

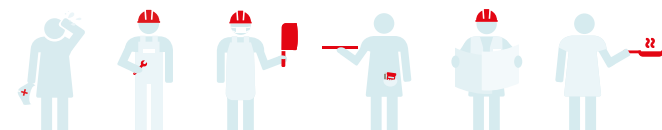
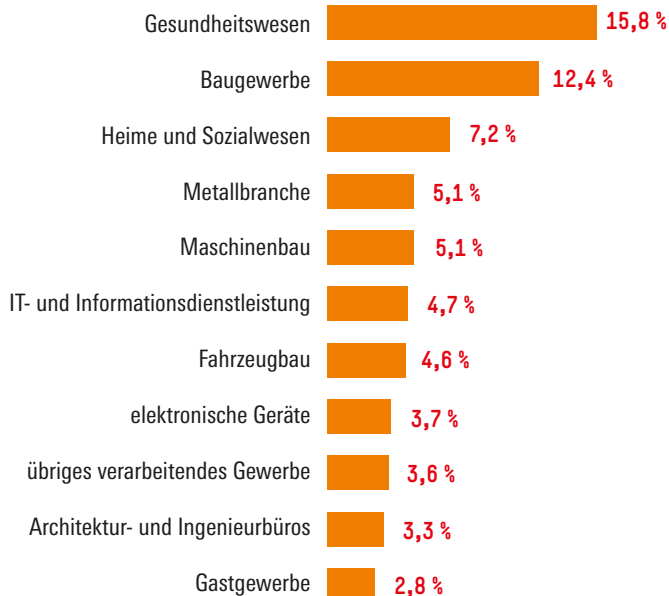
als es die reine Lehre von Angebot und Nachfrage nahelegt: Weder reagieren Arbeitgeber automatisch mit höheren Lohnangeboten auf den Mangel, noch wechseln Beschäftigte sofort den Job, wenn der Lohn andersorts geringfügig höher ist. Entscheidend seien vielmehr Fragen staatlicher Regulierung und vor allem, ob es den Beschäftigten und Gewerkschaften gelingt, ihre potenziell gestiegene Verhandlungsmacht in Tarifauseinandersetzungen in höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen umzumünzen.

Das „ausgerufene Schlaraffenland für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen kommt also nicht von allein, sondern muss erst noch erkämpft werden“, so Lübker. <

Quelle: Malte Lübker:
Fachkräfteengpässe und Entgeltentwicklung,
WSI-Mitteilungen 3/2026, Juni 2026 [Link zur Studie](#)

Wo Fachkräfte knapp bleiben

Schwer zu besetzen* sein werden 2040 von den Jobs im Bereich ...



* prognostizierte Suchdauer bei Stellenbesetzungen von mehr als 90 Tagen;
Quelle: Mönig u. a. 2026

Hans Böckler
Stiftung

Maßnahmen, die die Abhängigkeit der Unternehmen vom Weltmarkt verringern, zu neuer Wertschöpfung im Inland führen – aber auch zu höheren Kosten und Preisen. Der Staatskonsum in Form von Rüstungsausgaben wird künftig eine größere Rolle für die Volkswirtschaft spielen als in der Vergangenheit. Schließlich wird künstliche Intelligenz das Wirtschaftsleben verändern – mit bislang schwer absehbaren Folgen für den Arbeitsmarkt.

Um den Wandel zu bewältigen, werden berufliche Flexibilität und Weiterqualifizierung den Forschenden zufolge immer stärker gefordert sein. Weiterbildung und Modelle, die Beschäftigten Wege in andere Branchen eröffnen, sind entscheidend. „Gewerkschaften können hier als Vermittler zwischen Politik, Betrieben und Beschäftigten eine Schlüsselrolle übernehmen, um den Fachkräftebedarf sozialverträglich zu decken und Teilhabechancen zu sichern“, so die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. <

Quelle: Anke Mönig, Marc Ingo Wolter, Christian Schneemann, Michael Kalinowski:
Der Arbeitsmarkt 2040, WSI-Mitteilungen 3/2026, Juni 2026 [Link zur Studie](#)

Viele halten nicht durch

Vier von zehn Beschäftigten glauben, dass sie es nicht ohne Einschränkungen bis zum Renteneintritt schaffen werden. Betriebe müssen mehr für Prävention und Gesundheitsförderung tun.

Die Bundesregierung plant, das Renteneintrittsalter anzuheben. Dabei scheiden bereits jetzt viele Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben aus. Laut dem DGB-Index Gute Arbeit können sich 40 Prozent der Beschäftigten nicht vorstellen, unter den aktuellen Bedingungen bis zum Rentenalter durchzuhalten. Für die Studie wurden von 2022 bis 2026 knapp 28 000 Personen befragt. Besonders schlecht schätzen die Beschäftigten ihre künftige Arbeitsfähigkeit in den Bereichen Sanitär, Heizung und Klempnerei, Pflege, Bau sowie Erziehung ein. Die größten Belastungsfaktoren:

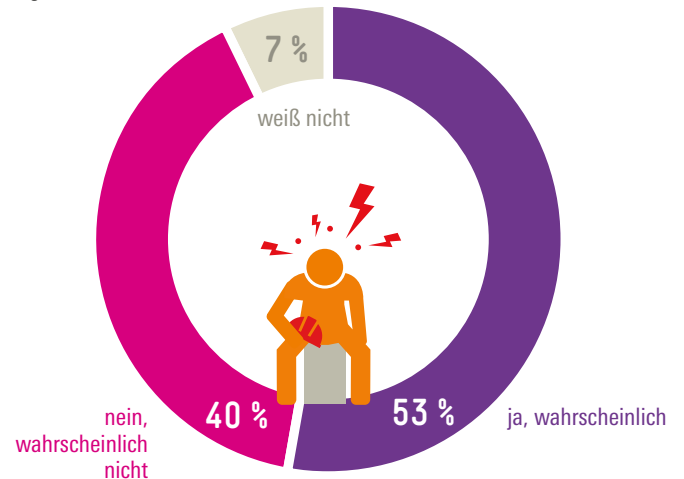
- ▶ Von den Beschäftigten, die sehr häufig **körperlich schwere Arbeit** verrichten, gehen 72 Prozent davon aus, nicht bis zur Regelaltersgrenze arbeiten zu können.
- ▶ 61 Prozent der Beschäftigten, die bei der Arbeit sehr häufig **Lärm** ausgesetzt sind, glauben, dass sie nicht durchgehalten werden.
- ▶ Sehr häufig unter **Zeitdruck** stehende Beschäftigte rechnen zu 59 Prozent mit einem vorzeitigen Ausscheiden.
- ▶ Wenn Beschäftigte **keinen Spielraum** bei der Planung und Einteilung der eigenen Arbeit haben, gehen 55 Prozent davon aus, es nicht bis zur Rente zu schaffen.
- ▶ Je länger die **Wochenarbeitszeit** ist, desto größer wird der Anteil derjenigen, die mit einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben rechnen. Bei einer Wochenarbeitszeit von mehr als 48 Stunden sind es 47 Prozent.
- ▶ Beschäftigte in Betrieben **ohne betriebliche Gesundheitsförderung** gehen zu 46 Prozent davon aus, nicht dauerhaft leistungsfähig zu sein.

„Die Befunde unterstreichen die Konsequenzen körperlicher und psychischer Belastungen für die Gesundheit und die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten“, heißt es in der Analyse. Gute Arbeitsbedingungen seien die Voraussetzung dafür, dass Menschen gesund bis zum Rentenalter arbeiten können. Mit Prävention und Gesundheitsförderung hätten Betriebe und Dienststellen entscheidende Instrumente zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit ihrer Beschäftigten in der Hand. ◀

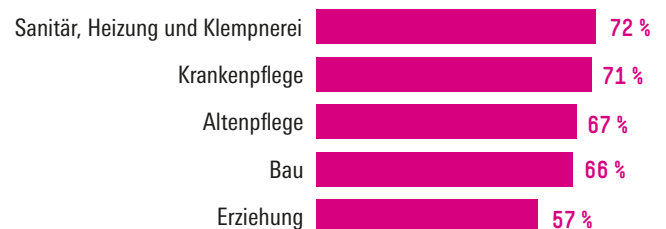
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit:
Durchhalten bis zur Rente? Eine Frage der Arbeitsbedingungen,
Juni 2026 [Link zur Studie](#)

Zweifel am Erreichen des Rentenalters im Job

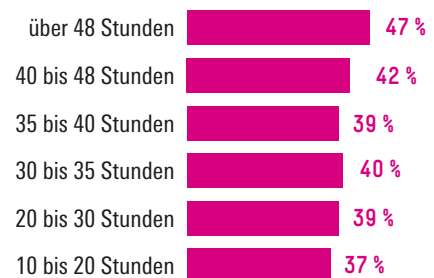
Auf die Frage, **ob sie ohne Einschränkung bis zur Rente arbeiten können**, sagen ...



Dass sie wahrscheinlich nicht bis zur Rente durchhalten werden, glauben im Bereich ...



Dass sie nicht durchhalten, glauben Beschäftigte mit einer Wochenarbeitszeit von ...



Befragt wurden 27 989 Beschäftigte zwischen 2022 und 2026;
Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2026

Der Tankrabatt wirkt

Vom gedämpften Preisanstieg bei Kraftstoffen haben insbesondere Familien ohne viel Geld profitiert.

Die Inflation in Deutschland ist im Juni 2026 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,3 Prozent gesunken, nachdem sie im Mai ebenso stark auf 2,6 Prozent gefallen war. Das geht aus dem aktuellen Inflationsmonitor des IMK hervor. Der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln ist mit 0,4 Prozent erneut schwach ausgefallen, die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak verharrte bei 2,4 Prozent. Verantwortlich für den Rückgang der Inflationsrate war laut IMK-Expertin Silke Tober die nachlassende Teuerung bei Kraftstoffen und Heizöl, die von 28,1 Prozent im April auf 20,1 Prozent im Mai und 12,6 Prozent im Juni gesunken ist. Der Tankrabatt von 17 Cent pro Liter dürfte wesentlich zu der Entwicklung seit April 2026 beigetragen haben. In Frankreich – wo es zwar eine Selbstverpflichtung des größten Tankstellenbetreibers, aber keine steuerliche Maßnahme zur Dämpfung der Kraftstoffpreise gab – haben sich die Kraftstoffpreise deutlich stärker erhöht als in Deutschland.

Die geringere Teuerung bei Kraftstoffen hat Tobers Analyse zufolge Paare mit Kindern und geringen sowie mittleren Einkommen, die im April infolge des Iran-Kriegs die höchste haushaltsspezifische Inflationsrate aufwiesen, beson-

ders stark entlastet. „Durch die Kombination aus Tankrabatt und Rohölpreistrückgang ist der Beitrag der Kraftstoffpreise zu den Inflationsraten dieser Familien seit April um 0,8 Prozentpunkte gefallen. Dabei gehen rechnerisch – bei vollständiger Überwälzung auf die Preise – 0,5 Prozentpunkte auf den Tankrabatt zurück“, erklärt die Ökonomin.

Der durch den Iran-Krieg ausgelöste Energiepreisschock habe nicht nur die Inflation angefacht, sondern auch die Wirtschaft im Euroraum erheblich belastet, so Tober. Das gelte insbesondere für Deutschland, wo die Industrie bereits unter der kombinierten Last von US-Zöllen, Euro-Aufwertung, starkem Wettbewerbsdruck aus China und hohen Energiepreisen infolge des Ukrainekriegs leidet. Derzeit sei nicht absehbar, wie lange der Preisschock anhält und ob es nennenswerte Zweitrundeneffekte geben wird. Die am 11. Juni von der Europäischen Zentralbank (EZB) beschlossene Zinserhöhung sieht die Expertin vor diesem Hintergrund kritisch: „Die EZB bremst die Konjunktur derzeit zusätzlich, ohne dass dafür ein hinreichender ökonomischer Grund besteht.“ <

Quelle: Silke Tober: IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Juni 2026 auf 2,3 % – Niedrigerer Rohölpreis verdeutlicht EZB-Fehlentscheidung, IMK Policy Brief Nr. 220, Juli 2026 [Link zur Studie](#)

Kraftstoffpreise belasten besonders Familien

So setzte sich im Juni 2026 die haushaltsspezifische Inflationsrate zusammen bei ...

	Familien mit ...		Alleinlebenden mit ...	
	2000 bis 2600 Euro	3600 bis 5000 Euro	unter 900 Euro	mindestens 5000 Euro
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,2	0,2	0,2	0,1
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,5	0,5	0,7	0,5
Haushaltenergie	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1
Kraft- und Schmierstoffe	0,6	0,6	0,2	0,4
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,3	0,3	0,2	0,4
Freizeit und Kultur	0,2	0,3	0,2	0,3
Gastgewerbe	0,1	0,2	0,1	0,3
Sonstiges	0,2	0,3	0,3	0,5
	2,0 %	2,3 %	1,7 %	2,4 %

Quelle: IMK 2026

Hans Böckler
Stiftung

Konjunktur auf der Kippe

Die konjunkturelle Lage bleibt weiterhin unsicher. Der IMK-Konjunkturindikator weist für den Zeitraum von Juli bis September 2026 eine Rezessionswahrscheinlichkeit von 26,8 Prozent aus. Anfang Juni betrug sie für die folgenden drei Monate noch 24,7 Prozent. Gleichzeitig ist die statistische Streuung im Indikator, die die Verunsicherung von Wirtschaftsakteuren widerspiegelt, zurückgegangen. Zwar besteht einer-

seits die Hoffnung, dass der private Verbrauch bei allmählich rückläufiger Inflation das Wachstum anregen könnte. Andererseits lassen die jüngsten Angriffe der USA und des Iran befürchten, dass sich Konsum- und Wohnungsbauklima erneut eintrüben. „Bei näherer Betrachtung der Auftragseingangs- und der Produktionsdaten wichtiger deutscher Schlüsselindustrien stellt sich die

Lage nicht so schlecht dar“, erklärt IMK-Experte Thomas Theobald. Beim Maschinenbau und der Herstellung chemischer Erzeugnisse zeichnet sich inzwischen eine leichte Erholung ab. Bereits seit 2025 entwickelt sich die Herstellung elektronischer Erzeugnisse und elektrischer Ausrüstungen aufwärts. Allein im Fahrzeugbau bleiben Produktion und Auftragslage tendenziell rückläufig. <

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin;
Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen,
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-0

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und
unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie
uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

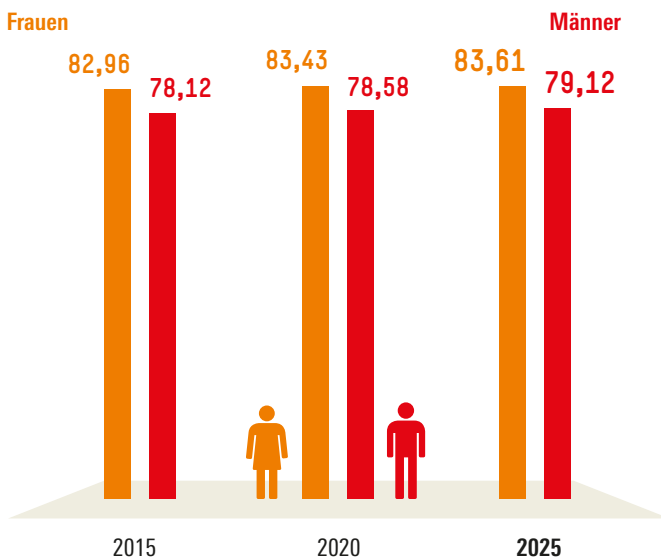
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe
bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbei-
tung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

GESUNDHEIT

Lebenserwartung auf Höchststand

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland
betrug für ...



WIRTSCHAFT

Wirksame Corona-Hilfen

Die Corona-Wirtschaftshilfen des Bundes haben laut einer Analyse des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in den Jahren 2020 und 2021 rund 140 000 Unternehmen vor der Schließung bewahrt und etwa 280 000 Arbeitsplätze gesichert. Gleichzeitig seien die negativen Auswirkungen begrenzt geblieben. „Die Politik hat ihren finanziellen Spielraum schnell und entschlossen genutzt und damit viele grundsätzlich überlebensfähige Unternehmen durch eine außergewöhnliche Krise gebracht“, lautet das Fazit. <

Quelle: ZEW, Juli 2026 [Link zur Studie](#)

Der nächste **Böckler Impuls** erscheint am 6. August

WIRTSCHAFT

Fast die Hälfte aus Erneuerbaren

Im ersten Quartal 2026 stammten 45,5 Prozent der in der EU erzeugten Elektrizität aus erneuerbaren Energien. Im Vorjahresquartal betrug der Anteil noch 42,7 Prozent. Die höchsten Anteile verzeichneten Dänemark mit 90 Prozent, Portugal mit 82,9 Prozent und Litauen mit 75,7 Prozent. Die niedrigsten Anteile wurden in Tschechien mit 12,7 Prozent, auf Malta mit 13 Prozent und in der Slowakei mit 17,2 Prozent erreicht. Deutschland lag mit knapp über 50 Prozent im Mittelfeld. <

Quelle: Eurostat, Juli 2026 [Link zur Studie](#)

ZUWANDERUNG

Warum es manchmal nicht passt

Aus diesen Gründen haben Zugewanderte
Deutschland wieder verlassen ...



partnerschaftliche und familiäre Gründe	39 %
aufwändige bürokratische Prozesse	32 %
persönliche Vorlieben (z.B. Klima, Lebensart)	29 %
eigene berufliche Gründe	29 %
Wohnungsmarkt	27 %
wirtschaftliche Lage in Deutschland	22 %
wenige Freunde und Bekannte	20 %
Schwierigkeiten mit der Sprache	20 %
Diskriminierung	19 %

Quelle: IAB, Juli 2026 [Link zur Studie](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Digitalausgabe bestellen unter www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm